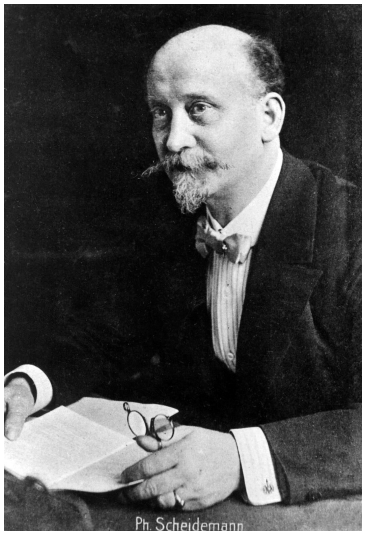
Weimarer Republik

Der November 1918 gilt als Geburtsstunde der deutschen Demokratie. Nach der Ausrufung der Republik und der Abdankung des Kaisers stand der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert an der Spitze der Revolutionsregierung und wurde zum entscheidenden Wegbereiter der Weimarer Republik. Für die Arbeiterbewegung als maßgeblichen Träger der Revolution waren die wenigen Wochen bis zur Wahl der Nationalversammlung ein Zeitraum, in dem die Erfüllung aller ihrer Forderungen möglich erschien.

Friedrich Ebert



Philipp Scheidemann

Für die SPD war die Zusammenarbeit mit den alten Eliten aus Wirtschaft, Militär und Verwaltung eine Notwendigkeit, um die kurzfristige Stabilisierung der Republik zu garantieren und einen Bürgerkrieg zu verhindern. Ein Pakt mit der Reichswehr war Teil dieser riskanten politischen Strategie, die Ende Dezember 1918 zum Austritt der USPD aus dem Rat der Volksbeauftragten führte.

Links von der SPD hatte sich ein Frustpotenzial angesammelt, das durch die Gründung der KPD neuen Auftrieb bekam und eine zweite Revolutionswelle entfachte. Am 5. Januar 1919 kam es zu einem Massenaufmarsch in Berlin, bei dem die Weiterführung der Revolution gefordert wurde. In den folgenden Tagen eskalierte die Situation, sodass Ebert die bewaffneten Aufstandsversuche gewaltsam niederschlagen ließ. Zu den über 150 Opfern gehörten auch die vermeintlichen Anführer des Januaraufstands Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die von einem rechten Freikorps erschossen wurden.

Unter diesen Voraussetzungen fanden am 19. Januar die Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung statt. Hier erhielten Frauen zum ersten Mal das aktive und passive Wahlrecht. Die SPD wurde mit 37,9 % zwar stärkste Kraft, verpasste jedoch gemeinsam mit der USPD die Mehrheit. Zusammen mit dem Zentrum und der DDP bildeten die SPD-Abgeordneten die sogenannte Weimarer Koalition, die in den nächsten Jahren das Rückgrat der jungen Republik bildete. Die Nationalversammlung wählte Ebert zum neuen Reichspräsidenten, während Scheidemann Reichsministerpräsident wurde.

Frauenwahlrecht!

Herausgegeben zum Vierten Sozialdemokratischen Frauentag von Klara Zetkin

Stuttgart, 8. März 1914

Der Tag wird kommen.

Krisen prägten die ersten Jahre der Republik, die insbesondere die SPD vor harte Bewährungsproben stellte. Schon im Juni 1919 trat Scheidemann als Ministerpräsident zurück, nachdem der letzte Versuch, die Bedingungen des Versailler Vertrags zu ändern, gescheitert war. Gustav Bauer wurde sein Nachfolger und warb für die Zustimmung zum Vertragswerk, da bei einer Ablehnung eine Seeblockade und die Besetzung Deutschlands drohte. Am 23. Juni votierte die SPD zusammen mit dem Zentrum und der USPD für die Annahme des Versailler Vertrags. Angesichts der Dolchstoßlegende schon als „Novemberverbrecher“ gegeißelt, wurden Sozialdemokraten im Rahmen der Diskussion über die Kriegsschuldfrage und die Ratifizierung des Versailler Vertrags als „Erfüllungspolitiker“ diffamiert, die das „Schanddiktat“ unterzeichnet hatten.

Nationalversammlung in Weimar.
Die weiblichen Abgeordneten der Mehrheitssozialisten.

Unter diesen Voraussetzungen fanden am 19. Januar die Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung statt. Hier erhielten Frauen zum ersten Mal das aktive und passive Wahlrecht. Die SPD wurde mit 37,9 % zwar stärkste Kraft, verpasste jedoch gemeinsam mit der USPD die Mehrheit. Zusammen mit dem Zentrum und der DDP bildeten die SPD-Abgeordneten die sogenannte Weimarer Koalition, die in den nächsten Jahren das Rückgrat der jungen Republik bildete. Die Nationalversammlung wählte Ebert zum neuen Reichspräsidenten, während Scheidemann Reichsministerpräsident wurde.

Frauenwahlrecht!

Herausgegeben zum Vierten Sozialdemokratischen Frauentag von Klara Zetkin

Stuttgart, 8. März 1914

Der Tag wird kommen.

Krisen prägten die ersten Jahre der Republik, die insbesondere die SPD vor harte Bewährungsproben stellte. Schon im Juni 1919 trat Scheidemann als Ministerpräsident zurück, nachdem der letzte Versuch, die Bedingungen des Versailler Vertrags zu ändern, gescheitert war. Gustav Bauer wurde sein Nachfolger und warb für die Zustimmung zum Vertragswerk, da bei einer Ablehnung eine Seeblockade und die Besetzung Deutschlands drohte. Am 23. Juni votierte die SPD zusammen mit dem Zentrum und der USPD für die Annahme des Versailler Vertrags. Angesichts der Dolchstoßlegende schon als „Novemberverbrecher“ gegeißelt, wurden Sozialdemokraten im Rahmen der Diskussion über die Kriegsschuldfrage und die Ratifizierung des Versailler Vertrags als „Erfüllungspolitiker“ diffamiert, die das „Schanddiktat“ unterzeichnet hatten.

Nationalversammlung in Weimar.
Die weiblichen Abgeordneten der Mehrheitssozialisten.
Berl. Jllustr. Ges.